

## Unterrichtung

durch die Bundesregierung

### Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit der Westeuropäischen Union für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1997

#### I. Arbeitsschwerpunkte

Unter deutscher Präsidentschaft konzentrierte sich die WEU im zweiten Halbjahr 1997 auf folgende Themenbereiche: Die Stärkung der operationellen Fähigkeiten der WEU, die weitere Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Assoziierten Partner, die Umsetzung der die WEU betreffenden Entscheidungen des Europäischen Rats in Amsterdam sowie den Beschlüssen von Berlin, Brüssel und Birmingham folgend, die der WEU die Möglichkeit eröffnet haben, bei Operationen auf NATO-Mittel- und -Ressourcen zurückzugreifen, die Zusammenarbeit mit der NATO. Das Mandat des beratenden Polizeielements der WEU in Albanien wurde auf der Grundlage eines langfristigen Programms zur Beratung und Ausbildung der albanischen Polizei ausgeweitet und verlängert.

Am 22. Juli 1997 wurde auf einer Sondersitzung des WEU-Ministerrats eine Erklärung zur Rolle der WEU und ihren Beziehungen zur EU und zur NATO verabschiedet, die der Schlußakte der EU-Regierungskonferenz beigefügt wurde. Die WEU bekräftigte darin die Entscheidungen der EU zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und verabschiedete einen Katalog konkreter Arbeitsaufträge zur Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit beider Organisationen.

Die Herbsttagung des WEU-Ministerrats fand am 17. und 18. November 1997 in Erfurt statt und somit zum ersten Mal jenseits der Linie, die den europäischen Kontinent während des Kalten Krieges geteilt hatte.

Die Außen- und Verteidigungsminister der WEU bestätigten in Erfurt einen Beschluß des Ständigen Rats zur Harmonisierung der Präsidentschaften in EU und WEU. Hierdurch soll eine verbesserte Koordinierung

der Arbeiten beider Organisationen erzielt werden. Deutschland wird im ersten Halbjahr 1999 die erste Doppelpräsidentschaft innehaben.

Die fünf WEU-Beobachter (Österreich, Dänemark, Irland, Schweden, Finnland) werden künftig an allen Operationen, die die WEU im Auftrag der EU durchführt, gleichberechtigt teilnehmen können. Sie werden Truppen stellen können, erhalten Mitentscheidungsrechte bei Planung und Durchführung der Operation und beteiligen sich, wenn sie Truppen stellen, auch finanziell wie Vollmitglieder.

Der Ministerrat verabschiedete gleichfalls ein Dokument, das die Einbeziehung der Beobachter und Assoziierten Mitglieder an denjenigen WEU-Operationen verbessert, in deren Rahmen sie nicht ohnehin auf Grund einer EU-Mandatierung oder eines Rückgriffs auf NATO-Ressourcen bereits mit den Vollmitgliedern gleichgestellt sind.

In Erfurt wurde ferner die Schaffung einer effizienteren militärischen Organisationsstruktur mit einem militärischen Ausschuß bestätigt und die entsprechenden Dokumente zu ihrer Implementierung verabschiedet. Die operationelle Verzahnung mit der NATO wurde auf der Grundlage der Berliner und Brüsseler Erklärungen weiter ausgebaut.

Die Minister indossierten ebenfalls Entscheidungen über die vertiefte Einbeziehung aller zehn mittel- und osteuropäischen Assoziierten Partner in die militärische Zusammenarbeit. Ein in Erfurt verabschiedetes Dokument enthält unter anderem Regelungen für die verbesserte Mitwirkung der Assoziierten Partner an der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Krisenoperationen.

Die Minister billigten ein Grundlagendokument zur Übungspolitik der WEU. Der Ministerrat indossierte

schließlich die bereits im September 1997 vom Ständigen Rat getroffene Entscheidung, das Mandat des beratenden Polizeielements MAPE in Albanien (Multinational Advisory Police Element) um zunächst sechs Monate zu verlängern. Im Rahmen eines langfristigen Programms der EU zur Unterstützung der albanischen Polizei ist die WEU beratend und insbesondere ausbildend tätig. Dieses Phare-Programm wurde im Dezember 1997 von der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten gebilligt und eine Aufstockung des Polizeielements der WEU auf circa 60 Personen vereinbart. Ende 1997 waren 20 der 28 WEU-Nationen und damit erstmalig die Assoziierten Partner in vollem Umfang an einer WEU-Mission beteiligt. Mit den Erfurter Entscheidungen konnte die WEU in ihren Funktionen als Zusatzoption für europäisches Krisenmanagement, als Baustein für den Ausbau der sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension der EU, als Instrument zur Stärkung des europäischen Pfeilers innerhalb der Atlantischen Allianz und als Instrument zur Ergänzung des Prozesses der Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an EU und NATO gestärkt werden.

## II. Tätigkeit des Ständigen Rats, des Generalsekretariats, der Planungszelle und des Instituts für Sicherheitsstudien

1. Der Ständige Rat als zentrales Steuerungs- und Entscheidungsorgan der WEU befaßte sich mit der gesamten Bandbreite der in der WEU erörterten Themen und bereitete die Ministerratstagung in Erfurt vor.

Der Ständige Rat erörterte die französische Initiative in der WEU, nach dem Vorbild der in Amsterdam für die EU getroffenen Regelung den Grundsatz der konstruktiven Enthaltung einzuführen. Einem Auftrag der Minister folgend werden, aufbauend auf diesem Vorschlag, die Beratungen im Frühjahr 1998 fortgesetzt werden, mit dem Ziel, Empfehlungen für eine Erleichterung der Konsensbildung in der WEU zu erarbeiten.

Der Ständige Rat beschloß, die Rüstungskontrollagentur aufzulösen.

Der Ständige Rat traf zweimal zu gemeinsamen Treffen mit dem NATO-Rat zusammen und stattete SHAPE einen Besuch ab. Der albanische Premierminister Nano kam während eines Brüssel-Besuches mit dem Ständigen Rat zusammen. Auf Initiative der deutschen Präsidentschaft trafen die Mitglieder des Ständigen Rates erstmals zu einem informellen Treffen mit dem ukrainischen Botschafter zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Rolle der Ukraine in Europa sowie regionale sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Ein Treffen mit dem russischen Botschafter ist für Januar 1998 angesetzt.

Der Ständige Rat diskutierte den Antrag der vier Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien), die sich an der gemeinsamen Rüstungsstruktur OCCAR (organisme conjoint pour la coopération en matière d'armement) beteiligen, OCCAR den Status eines Hilfsorgans der WEU

und somit eine eigene Rechtspersönlichkeit zu gewährleisten. Die Diskussionen werden 1998 fortgesetzt werden.

2. Der Ständige Rat wird unterstützt durch das Generalsekretariat, das die zahlreichen Sitzungen des Ständigen Rats und seiner Arbeitsgruppen vor- und nachbereitet. Im September nahm die neue politische Direktorin, Alyson Bailes, ihre Tätigkeit im WEU-Sekretariat auf. Deutschland stellt seit Mai 1997 mit Botschafter Dr. Wegener erneut den Stellvertretenden Generalsekretär.
3. Schwerpunkte der Tätigkeiten der Planungszelle waren die Unterstützung des Bereichs Krisenmanagement, die Umsetzung der WEU-Übungspolitik, insbesondere die Vorbereitung der Übung CRISEX 1998 sowie die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der NATO. Auf Einladung der Planungszelle fand im November ein erstes Treffen von Vertretern der Hauptquartiere der der WEU zur Verfügung gestellten Truppen (FAWEU = forces answerable to WEU) statt. Bei der Implementierung der Aufgaben des Polizeiberatungselements MAPE in Albanien spielte die Planungszelle eine zentrale Rolle. Die Kontakte der Planungszelle mit den NATO-Militärbehörden intensivierten sich u. a. durch monatliche informelle Treffen auf der Arbeitsebene.
4. Das Institut für Sicherheitsstudien veranstaltete gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik im September in Berlin ein Seminar zu aktuellen europäischen Fragen der Sicherheitspolitik, an dem neben Vertretern der 28 WEU-Staaten auch Vertreter der USA, der russischen Föderation und der Ukraine teilnahmen. Auf Initiative der deutschen Präsidentschaft fand im Dezember 1997 in Paris am Sitz des Instituts ein Seminar zur Zusammenarbeit zwischen EU und WEU bei humanitären Operationen statt, an dem u. a. die EU-Kommissarin Emma Bonino teilnahm. Mitarbeiter des Instituts beteiligten sich an einer Reihe von Seminaren und Tagungen anderer Organisationen zu Sicherheitsfragen. Darüber hinaus erarbeitete das Institut zahlreiche Publikationen und Dokumente für den Ständigen Rat.

## III. Tätigkeit der Arbeitsgruppen

Die Sonderarbeitsgruppe (SWG) trat unter deutscher Präsidentschaft zur Beratung der WEU-Erklärung zum Vertrag von Amsterdam zusammen.

Die Gruppe der Vertreter der Verteidigungsministerien (DRG) erörterte Fragen im Zusammenhang mit der Harmonisierung von Mechanismen und Abläufen des Krisenmanagements sowie die Rolle multinationaler Hauptquartiere im Rahmen möglicher WEU-Operationen.

Die Arbeitsgruppe des Rates (CWG) befaßte sich u. a. mit institutionellen Fragen, insbesondere der Umsetzung der im Vertrag von Amsterdam festgeschriebenen Möglichkeit für alle EU-Mitglieder, sich an den Petersberg-Aufgaben der WEU zu beteiligen. In Umsetzung der WEU-Erklärung vom 22. Juli 1997 diskutierte die Ratsarbeitsgruppe auch weitergehende

Mitwirkungsmöglichkeiten der Assoziierten Mitglieder und der Beobachter an WEU-Operationen. Sie beriet außerdem die institutionellen Implikationen der Arbeiten zur Schaffung eines militärischen Ausschusses.

Die politisch-militärische Gruppe (PMG) beriet u. a. Modalitäten des beratenden Polizeielements in Albanien und bereitete die Verlängerung des Mandats bis April 1998 vor. Die Gruppe erarbeitete ein Dokument zur besseren Einbeziehung der Assoziierten Partner in Vorbereitung und Durchführung von Petersberg-Operationen. Ferner wurde ein Grundlagenpapier zur WEU-Übungspolitik finalisiert und Arbeiten zur Rolle multinationaler Hauptquartiere aufgenommen. Die politisch-militärische Gruppe begleitete ferner die Arbeiten zur Einrichtung eines militärischen Ausschusses. Sie traf zweimal zu Ad-hoc-Treffen mit der EU-Arbeitsgruppe Sicherheit zur Erörterung eines Ablaufdiagramms zur EU/WEU-Zusammenarbeit im Krisenmanagement und zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik zusammen.

In der politisch-militärischen Arbeitsgruppe (PMWG) wurde ein Modell für einen Konsultationsmechanismus zwischen NATO und WEU im Falle einer WEU-Operation unter Rückgriff auf NATO-Ressourcen erarbeitet. Weitere Themen waren die Beteiligung der WEU am NATO-Streitkräfteplanungsprozeß und Regelungen zur Abstimmung der militärischen Planungsarbeiten beider Organisationen. Die Gruppe traf zu diesen Themen auch mit den zuständigen Arbeitsgruppen der NATO zusammen.

Die Gruppe der militärischen Delegierten (MDG), unterstützt von der Arbeitsgruppe der militärischen Delegierten (MDWG), konzentrierte sich auf die Umsetzung der Beschlüsse zur Einrichtung eines militärischen Ausschusses und der Schaffung eines WEU-Militärstabes. Hierzu wurden entsprechende Grundlagendokumente, die sich u. a. mit der künftigen Rolle der Planungszelle befassen, ausgearbeitet.

Die Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Weltraum-Fragen“ beriet Modalitäten der Einbeziehung der Assoziierten Mitglieder und Beobachter in die Arbeiten des Satellitenzentrums in Torrejon sowie die Frage der Arbeitsbeziehungen zwischen dem Satellitenzentrum und der Planungszelle.

Die Mittelmeer-Arbeitsgruppe diskutierte Möglichkeiten zur Intensivierung des Dialogs mit den Mittelmeerländern und einigte sich darauf, die sechs am Mittelmeerdialog der WEU beteiligten Staaten (Tunesien, Algerien, Marokko, Mauretanien, Ägypten, Israel) als Beobachter zur Übung CRISEX 1998 einzuladen. Auf Initiative der deutschen Präsidentschaft fand ein Besuch der in Brüssel akkreditierten Botschafter der am Mittelmeerdialog beteiligten Staaten im Satellitenzentrum in Torrejon statt.

Zum Auftakt der einjährigen belgischen Präsidentschaft der Transatlantischen Öffentlichkeitsarbeit (TFA) wurde eine umfassende Bewertung der bisherigen Aktivitäten vorgenommen. Die neue Konzeption der TFA sieht vor allem eine stärkere Fokussierung auf die Zielgruppen in Nordamerika und eine

engere Koordinierung mit den entsprechenden Programmen von NATO und EU vor.

Die Arbeitsgruppe für Logistik (WELG) und die Gruppe für Langzeitplanung (EUROLONGTERM) haben ihre Arbeiten in den Bereichen Logistik und langfristige Streitkräfteplanung fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe für Fernmeldesysteme (EUROCOM) behandelte weiterhin Fragen der Interoperabilität der taktischen Kommunikationssysteme. EUROLONGTERM und EUROCOM haben auf Initiative der deutschen Präsidentschaft Modalitäten für die Mitwirkung der Beobachter und der Assoziierten Partner an ihren Arbeiten verabschiedet.

#### **IV. Treffen der Chefs der Führungsstäbe der Streitkräfte/Generalstabschefs**

Die Generalstabschefs kamen am 28. Oktober 1997 in Bonn zu ihrem halbjährlichen Treffen zusammen, in dessen Rahmen sie über die Aktivitäten der Gruppe der militärischen Delegierten, die Arbeiten der Planungszelle und der militärischen Studiengruppen EUROLONGTERM, EUROCOM und WELG unterrichtet wurden. Im Zusammenhang mit der Erörterung militärischer Aktionen von WEU-Mitgliedstaaten erläuterte Italien Planung und Durchführung der Operation ALBA. Belgien berichtete über seine Rolle in Ost-Slawonien (UNTAES = UN Transitional Administration for Eastern Slavonia). Gleichfalls behandelt wurde das beratende Polizeielement der WEU in Albanien.

Die Generalstabschefs verabschiedeten einen Bericht über die Rolle und Aufgaben des auf dem Pariser Ministerrat ins Leben gerufenen WEU-Militärausschusses und die Reorganisation der militärischen Strukturen im WEU-Hauptquartier durch die Bildung eines WEU-Militärstabes. Der Militärausschuß setzt sich aus den Generalstabschefs zusammen und tagt in ständiger Sitzung auf Ebene der Militärischen Delegierten.

#### **V. Tätigkeit der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG)**

Deutschland nimmt weiterhin die zwei Jahre dauernde Präsidentschaft der Westeuropäischen Rüstungsgruppe (WEAG) wahr.

Der WEAG-Ministerrat, der vor dem Ministerrat der WEU in Erfurt am 17. November 1997 zu seinem jährlichen Treffen zusammenkam, billigte Modalitäten der Einbeziehung der Beobachter und der Assoziierten Partner in die Aktivitäten der WEAG. WEU-Beobachter werden künftig an sämtlichen Sitzungen der WEAG einschließlich der Ministertagungen sowie den halbjährlichen Treffen der Rüstungsdirektoren teilnehmen können. Die Assoziierten Partner werden hauptsächlich auf Arbeitsebene in die Aktivitäten der WEAG miteinbezogen werden.

Auf der Grundlage eines Perspektivenpapiers des WEAG-Vorsitzes wurden die Rüstungsdirektoren beauftragt, bis zur nächsten Sitzung der WEAG-Minister im Herbst 1998 einen „master plan“ zur Schaf-

fung einer Europäischen Rüstungsagentur zu erstellen.

#### VI. WEU-Versammlung

Die Herbsttagung der WEU-Versammlung fand vom 1. bis 4. Dezember 1997 statt. Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, unterrichtete die Versammlung über die Ergebnisse der deutschen Präsidentschaft und insbesondere des Ministerrats in Erfurt und stellte sich in einer anschließenden ausführlichen Diskussion den Fragen der Abgeordneten. Als Gäste sprachen neben dem WEU-Generalsekretär Cutileiro der griechische Premierminister Simitis und NATO-Generalsekretär Solana.

Premierminister Simitis nannte als Schwerpunkte der griechischen WEU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1998 die Stärkung der institutionellen Verbindungen und der Zusammenarbeit mit der EU, die Intensivierung der institutionellen und praktischen Zusammenarbeit zwischen WEU und NATO, die wei-

tere Entwicklung der operationellen Fähigkeiten der WEU, die Stärkung der Beziehungen der WEU mit Drittstaaten (Rußland, Ukraine, Mittelmeerstaaten und Zypern) sowie die Fortführung und möglicherweise Ausweitung der Polizeimission in Albanien.

Die Versammlung beriet und beschloß u. a. Berichte zu Europas Rolle im Krisenmanagement auf dem Balkan, zur WEU nach Amsterdam, zu aktuellen Abrüstungsfragen, zur Situation in Zentralasien und im Kaukasus und ihren Implikationen für die europäische Sicherheit, zur europäischen Zusammenarbeit bei der Rüstungsgüterbeschaffung sowie zu den Folgen der Entscheidungen des NATO-Gipfels in Madrid für die Beziehungen der WEU zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie zu Rußland.

Die WEU-Versammlung wählte ihren Präsidenten, de Puig, wieder. Zum neuen Sekretär der Versammlung wurde der britische Staatsbürger Colin Cameron gewählt.